

Arbeitsbericht 2007

Mein kurzer Bericht bezieht sich auf Schwerpunkte und Ergebnisse der Arbeit des Beirates im Jahr 2007 und soll einige Anregungen für die weitere Arbeit geben.

Die Sitzungen fanden entsprechend der Geschäftsordnung planmäßig in jedem Quartal statt. Gleich am Anfang des Jahres haben wir uns auf einer **Klausurtagung** am 22. Februar über die künftige Zusammenarbeit im LBB verständigt. Wir waren uns einig darüber, die Geschlossenheit des Beirates weiterzuentwickeln, um eine stärkere politische Einflussnahme des Beirates zu erreichen. In den folgenden Sitzungen haben wir begonnen, die Ergebnisse der Klausur wie Vollmacht für Vertreter, Themenfindung für nächste Sitzung, Tätigkeit der Arbeitsgruppen, Umgang mit Stellungnahmen, Ansprache von passiven Mitgliedern, umzusetzen.

Die Zusammenarbeit mit dem Referat Behindertenpolitik hat sich in den letzten Monaten gut entwickelt. Positiv wurde vom Beirat aufgenommen, dass Herr Wendte bereit ist, zu Beginn jeder Sitzung über aktuelle Entwicklungen zu berichten, Dennoch ist eine rechtzeitige Einbeziehung des Landesbehindertenbeirates zu behindertenpolitischen Themen der Landesregierung noch immer zu bemängeln.

Schwerpunkte unserer Arbeit

Zum Thema **trägerübergreifendes Persönliches Budget** als eine Form der Leistungsgewährung für behinderte und hilfebedürftige Menschen ist der LBB in einer Arbeitsgruppe des MASGF vertreten, die sich mit den Voraussetzungen für die Umsetzung befasst. Die Arbeitsgruppe des Beirates erarbeitete Schwerpunkte zur Wahrnehmung der Interessen aus Sicht der Behindertenverbände, die dann im MASGF eingebracht wurden. Unser Ziel ist es, durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit die Umsetzung des trägerübergreifenden Persönlichen Budgets zu unterstützen, um mehr Selbstbestimmung und Selbstständigkeit für Menschen mit Behinderungen zu erlangen.

Der Landesbehindertenbeirat unterstützt die „**Pflegeinitiative im Land Brandenburg**“ der Landesregierung. Hier hat sich der LBB nach seinen Möglichkeiten eingesetzt, dass die Pflege nicht nur ältere Menschen, sondern alle Menschen mit Pflegebedarf umfasst. Gerade für Menschen mit Behinderungen, ob ambulant oder stationär betreut, ist die Pflegeinitiative noch stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu stellen.

Zum 1. Januar 2007 trat in Brandenburg die **Kommunalisierung der Eingliederungshilfe** nach dem Ausführungsgesetz zum SGB XII in Kraft. In einer Stellungnahme vom Oktober 2006 forderte der Landesbehindertenbeirat die Prozesse der Kommunalisierung transparent zu machen und Betroffenen und ihre Interessenvertreter mit einzubeziehen.

Sie stimmen mir sicher zu, dass die Reform der Eingliederungshilfe im kommenden Jahr weiterhin zu den Schwerpunktaufgaben des Beirats gehören sollte. Was wurde mit der Reform ein Jahr nach Inkrafttreten erreicht?

Die Verbesserung des barrierefreien Zugangs für behinderte Bevölkerungsgruppen zu **audiovisuellen Medienangeboten** - der stärkere Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern, die Untertitelung für hörbehinderte Menschen, der Spracheinsatz für blinde und sehbehinderte Menschen ist auch weiter ein erklärtes Ziel des Beirates. Mit der Intendantin des Rundfunk Berlin-Brandenburg fand dazu am 29. November ein Arbeitsgespräch statt. Die Neuauflage eines EU Projektes, des rbb „AV4all“ ist eingereicht. Eine Beratung und Begleitung durch die Arbeitsgruppe des LBB ist vom rbb auch weiterhin ausdrücklich erwünscht.

Auch 2007 waren die Mitglieder des Landesbehindertenbeirates in verschiedenen Foren, Arbeitskreisen und auf Fachtagungen vertreten. Dazu gehörten die Fachtagungen des PARITÄTISCHEN, des MASGF zum Persönlichen Budget, des Deutschen Bundesrates zur Gleichstellung – Teilhabe – Inklusion - Berufliche Bildung, des Bundestags zum Bundesgleichstellungsgesetz, der CDU-Bundestagsfraktion zum Thema „Was behindert Arbeit“, der SPD - Fraktion zur Reform der Pflegeversicherung und der Kongress der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) „Gleichstellung -Teilhabe“, um nur einige aufzuzählen.

Die Mitglieder des LBB wurden in nachfolgende Ausschüsse und Beiräte berufen:

- Landespflegeausschuss
- Frauenpolitisches Forum
- Trägerübergreifende Servicestellen für Rehabilitation
- Arbeitsgruppe „Persönliches Budget“ im MASGF
- Messebeirat der Reha – Messe 2008 „Miteinander leben“
- Jury des kommunalen Internetwettbewerb eKommunale 2007
- Barrierefreier Tourismus in Brandenburg

Arbeitsgruppen

Die Mitglieder des LBB sind z.Zt. in den Arbeitsgruppen

„Öffentlichkeitsarbeit“

„Kommunalisierung der Eingliederungshilfe“

„EU – Projekt rbb“

„Trägerübergreifendes Persönliches Budget“

tätig und berichten regelmäßig in den Sitzungen über die Schwerpunkte ihrer Arbeit.

Die Geschäftsstellentätigkeit des Landesbehindertenbeirates

Ein Geschäftsbesorgungsvertrag, abgeschlossen mit dem MASGF und der DMSG, regelt den möglichen finanziellen Aufwand von jährlich 950€ für den Landesbehindertenbeirat. Die vertraglich gebundenen Ausgaben werden quartalsweise abgerechnet. Das Versenden von Einladungen und Protokollen wird vom MASGF übernommen.

Forderungen/Anregungen:

1. Die gesamte Arbeit zur Geschäftsführung des Landesbehindertenbeirates wird von der Vorsitzenden ehrenamtlich (ohne Aufwandentschädigung) und mit Unterstützung der Geschäftsstelle der DMSG geleistet.
Die insgesamt zunehmende Arbeit, sicher dem höheren Bekanntheitsgrad und der guten Öffentlichkeitsarbeit des LBB geschuldet, erfordert inzwischen einen Aufwand, der ehrenamtlich sehr schwer zu bewältigen ist. Hier sollten wir mit dem MASGF Gespräche zu besseren arbeitsorganisatorischen Lösungen führen.
2. Die Einladungen zu behindertenpolitischen Veranstaltungen, die Bitten um Stellungnahmen, die Nachfrage nach Vorträgen und Diskussionsbeiträgen sind zahlreich und nehmen ständig zu. Dies ist eine positive Entwicklung an der wir lange gearbeitet haben. Hierbei sollte aber die Arbeit der oder des Vorsitzenden stärker von den Beiratsmitgliedern unterstützt werden, - ich erinnere an den Aufbau eines Netzwerkes - um die Vertretung behindertenpolitischer Interessen nach außen weiter voranzutreiben.
3. Ich halte es auch für notwendig, die strukturelle Arbeit des Landesbehindertenbeirates weiter zu festigen und die Kommunikation und Diskussion mit der Landesregierung weiter zu entwickeln. Die behindertenpolitischen Konferenzen des Landesbehindertenbeirates sind eine gute Form, diesen Dialog fortzusetzen. Hier sollten wir beraten, ob wir im nächsten Jahr eine weitere Konferenz planen. Auch hier möchte ich an die Klausurtagung erinnern, wo als Thema „Das Gleichstellungsgesetz auf dem Prüfstand“ vorgeschlagen wurde.
4. Wir sollten uns in einer der nächsten Sitzungen dazu verständigen, was wir erreicht haben und wie die zahlreichen Vorschläge für eine konstruktive Arbeit des Beirates weiter umzusetzen sind. Ich denke da z.B. an den Aufbau eines Netzwerkes zwischen Mitgliedern des LBB und den Sprechern der Arbeitsgruppen, die Kontinuität der Teilnahme an den Sitzungen oder die Mitwirkung an den Themenfindungen für die nächsten Sitzungen. Dies hat mir besonders in der letzten Zeit etwas gefehlt.

Wir haben nach Ablauf der Amtsdauer 2005 bis 2007 bedingt auch durch die ins Leben gerufen LBB- Konferenz den Landesbehindertenbeirat im Land Brandenburg mehr ins Licht der Öffentlichkeit geführt und einer breiten Bevölkerung im Land bekannt gemacht. Lassen Sie uns diese Arbeit auch in der nächsten Amtsperiode fortsetzen und dabei unsere Kräfte noch mehr bündeln.

Potsdam, 13. Dezember 2007